

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 53. Für unverlangt eingesandte Manuscripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

**Bezugspreise:** Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 40 Pfg. Bei der Postbestellung monatlich 50 Pfg. u. halbjährlich 2.50 Pfg. Bei der Postbestellung halbjährlich 3.00 Pfg. u. jährlich 5.50 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.20 Pfg., monatlich 24 Pfg. Erhältlich ferner in den Mithrasbuchhandlungen, mit Ausnahme von Chemnitz und Leipzig. Unsere Zeitungsannahmestellen sind in allen Postämtern und Briefträgern nehmen Bestellungen entgegen.

**Infantionspreise:** Die jeden Sonntag erscheinende oder deren Raum für Infanten aus Auer und den Umgebungen der Familienvereine monatlich 4.00 Mark, halbjährlich 18 Pfg. Bei größeren Familien entsprechende Rabatte. Familien von Auswärtigen bis 10 Personen 1/2 Pfg. monatlich. Die Infanten im Haus oder in der Erziehungsanstalt kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe des Infanten durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuscript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 126.

Mittwoch, 4. Juni 1913.

8. Jahrgang.

Diese Nummer umfasst 8 Seiten.

### Das Wichtigste vom Tage.

Die Vorlage über die Abwehrbestimmungen für Maß-Bohringen wird dem Reichstage bestimmt zugehen.

Nach einer unbefriedigten Meldung aus Sofia hat das Kabinett Gschow seine Demission ein-

Das ungarische Kabinett hat beschlossen, zurückzutreten, da der Abgeordnete Besh, der wegen Verleumdung des Ministerpräsidenten angeklagt war, freigesprochen wurde.

Der französische Kammerauschuss für die Steuergesetzgebung sprach sich für eine Kapitalsteuer aus.

Die Zusammenkunft der vier Ministerpräsidenten der Balkanstaaten wird bereits Ende dieser Woche und zwar in Saloniki erfolgen.

Eines der bemerkenswertesten Resultate der gestrigen Landtagswahlen in Preußen ist die Wahl des Pfarrers Traub in Zeltow-Beesfow.

\* Näheres siehe an anderer Stelle.

Wutmahlige Witterung am 3. Juni: Schwache Nordwestwinde, meist heiter, warm, trocken, Gewitterneigung.

### Unerwünschte Gäste.

In Amerika, das früher nicht genug Leute haben konnte, verfolgt man seit einigen Jahren bekanntlich eine etwas vorfälligeren Einwanderungspolitik. Seit nämlich die Union das Ziel von hunderten Tausenden von Auswanderern aus geringer kultivierten oder doch ärmeren Ländern geworden ist, haben auch die freien Amerikaner das Bedürfnis empfunden, sich diese Auswanderer etwas näher anzusehen. Der angelsächsische Rassestolz, der doch noch in den führenden Kreisen der Gesellschaft lebt, mußte doch empfindlich berührt werden, wie er sah, daß der Einwandererstrom eigentlich Elemente, die sich dem Angelfächstum assimilierten ließen, so gut wie garnicht brachte. Die italienischen Arbeiter, die kroatischen und polnischen Landarbeiter, die russischen Juden, waren alles dem Kernvolke absolut wesenfremde Elemente, die vermöge ihrer Armut und Bedürfnislosigkeit auch billige Arbeitskräfte darboten und den Arbeitern dadurch als Preisbrüder erschienen. Und in Gesellschaften hört auch in der freiesten Demokratie die Gemütslichkeit auf. Schon seit Jahren hat man daher das Land für mitteleuropäische Zuwanderer gesperrt. Aber viel half das nicht; denn das Minimum für die Mittellosigkeit war derartig niedrig angelegt, daß nur die allerärmsten ferngehalten werden konnten. Der Zustrom aus den interessanten Ländern Osteuropas verminderte sich daher so gut wie garnicht, der Zustrom aus den Ländern jedoch, die den Charakter der amerikanischen Nation bisher bestimmt hatten, der Engländer, Deutschen, auch wohl Scandinavier verringerte sich immer mehr, infolge des wirtschaftlichen Aufschwunges dieser Länder. Daher mußten wirksamere Maßnahmen getroffen werden und, wie ja die Amerikaner Freunde aller brasilianischen Mittel sind, so hat Senator Dillingham jetzt das allerdinge äußerst drastische Mittel einer Kontingenterung der Einwanderer nach Nationen vorgeeschlagen. Jeht Prozent Einwanderer von der letzten Volkszählung in den Vereinigten Staaten wohnen, sollen hereingelassen werden. Das würde, wie gesagt, ein sehr drastisches Mittel sein, wenn dieser Gesetzentwurf Annahme fände. Aber wir glauben nicht, daß es durchführbar ist. Abgesehen davon, daß es immerhin oft genug geschehen würde, daß sich fremde, unerwünschte Gäste — namentlich Juden und Polen vermöge ihrer Staatenlosigkeit — unter fremder Flagge einschmuggelten, läge auch in einer solchen mechanischen Befestigung einer Grenzlinie die Gefahr, manche tüchtigen, wertvollen Elemente der dem Senator so gutwirdigen Osteuropäer zu verlieren, da sie keinen Einlaß mehr finden, nachdem der Prozentfuß überfahren ist. Wir glauben daher, daß der Weg zum Fernhalten unerwünschter Gäste auch

weiterhin der sein muß, Alphabeten und Mittellose an der Einwanderung zu verhindern. Und was zugleich als der schwerwiegendste Grund gegen den Senatsvorschlag gelten muß, auch dieser Weg darf nicht allzu eng sein. Denn Amerika braucht Menschen und darum werden alle diese Abschlußbestrebungen nicht viel helfen. Die Geburtenzahl in Amerika sehr gering — darüber hat schon Roosevelt geklagt und gewettert, ohne aber etwas ändern zu können — es ist aber noch so viel jungfräuliches Land da, daß Menschen immer noch die notwendigste Einfuhrware sind. Dillingshams Hoffnungen, daß aus England und Deutschland diese Menschenreserven zu beschaffen sind, ist von der Erfüllung ausgeschlossen, es sei daß aber diese Länder eine wirtschaftliche Katastrophe hereinbrächte. Es wird also den Dankes doch schließlich nichts anderes übrig bleiben als zu sehen, wie sie mit den Einwanderern aus Ost- und Südeuropa fertig werden. Charakteristisch ist es jedenfalls, daß in einem der freiesten Länder, das den Verfolgten aller Nationen eine Heimstätte bieten sollte, nach dem Willen seiner Gesetzgeber, jetzt der Unglaube der bedrohten Zukunft der Rasse ertönt.

### Die französischen Militärvorlagen.

Die deutsche Wehrvorlage hat bekanntlich Frankreich sofort zu Gegenmaßnahmen veranlaßt, die darin bestehen, daß die dreijährige Dienstzeit wieder eingeführt werden soll. Bei der von Jahr zu Jahr mehr abnehmenden Bevölkerungszahl ist die französische Regierung nicht in der Lage, wesentlich mehr Mannschaften einzustellen und sie muß deshalb andere Mittel ergreifen, um die Effektivstärke der Armee zu heben. Die Beratung über die neue französische Militärvorlage hat am Montag in der Kammer begonnen und wird sich voraussichtlich bis Mitte des Monats Juni hingziehen. Zu Beginn der Debatte waren bereits 51 Redner eingeschrieben, von denen etwa 20 den dreijährigen Dienst verteidigen und gegen 30 ihn bekämpfen wollen. Der Kammer liegen außerdem sieben Gegenseitenwürfe vor, die an Stelle des dreijährigen Dienstes entweder einfach den bisherigen zweijährigen Dienst beibehalten, oder ihn drei bis sechs Monate mit verschiedenen Verlausungen hinzuzufügen wollen. 130 Abänderungsanträge sind bisher zu den Artikeln der Militärvorlage angemeldet worden. Die Presse protestiert lebhaft gegen den Andrang von Rednern zu einem Gegenstande, der seit drei Monaten im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung steht, im Heeresauschuss schon den 44 Mitgliedern Anlaß zu hundert von Reden gegeben hat und nach allen Richtungen hin beleuchtet worden ist. Die Blätter beklagen die Mühsal, die Beratung ins Uferlose auszubehnen und meinen, daß davon weder ein sachlicher Nutzen, noch eine Steigerung des Ansehens der Volksvertretung zu erwarten sei.

Mit ihren guten Ratsschlägen werden die Zeitungen voraussichtlich wenig Glück haben, denn bereits die ersten Debatten haben bewiesen, daß die Erregung in weiten Kreisen sehr groß ist und daß dem Ministerium schwere Tage bevorstehen. Der Gegenseitigkeit über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit wurde in der Kammer durch eine Rede des Vorsitzenden der Armeekommission D'Heriffe eröffnet. Diese Kommission hat sich der Ansicht der obersten Kriegsrates angeschlossen, der sich für die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit erklärt hat. D'Heriffe führte zugunsten der Vorlage aus, Deutschland habe durch seine letzten Einstellungen eine Friedensstärke von 800 000 Mann erzielt und werde im Oktober an der Grenze schon im Frieden 200 000 Mann stehen haben, denen in Frankreich nur 100 000 Mann gegenüber stehen können. Diese ungünstige Differenz würde im Kriegsfall Frankreich eine Mobilisierung unmöglich machen. Ein radikaler Sozialist meinte dagegen, Deutschland sei durch die neugeschaffene Situation zur Verstärkung seiner Armee gezwungen worden. Der Minister des Auswärtigen, Richon, habe im Senat selbst gesagt, daß Deutschland keineswegs die Absicht habe, Krieg zu führen. Die Ausführungen dieses Redners gaben wiederholt zu Tumulten und äußerst erregten Zwischenfällen Anlaß. Als er sagte, man verlange die dreijährige Dienstzeit nur, um die Resultate einer fortwährenden Sorglosigkeit der höheren Führer zu verschleiern, erhob sich der auf der Regierungsbank sitzende General Gau und wollte den Saal verlassen. Diese Haltung des Generals führte zu lebhaften Ovationen auf den Bänken des Zentrums. Der Sozialistenführer Jaures brachte eine Resolution ein, in der ausgesprochen wird, daß die Haltung des Generals unverantwortlich und aufs äußerste zu mißbilligen sei. Ministerpräsident Barthou

suchte das Verhalten Gau's damit zu entschuldigen, daß der General die Gepflogenheiten des Parlaments nicht kenne und deshalb wohl Rücksicht verdiene. Dieser Zwischenfall wird vermutlich keine weiteren Folgen haben, aber er ist immerhin ein Symptom für die ganze Stimmung im Parlament und in der Bevölkerung. Der Allgemeine Arbeitsbund setzt inzwischen seine Kundgebungen gegen den dreijährigen Dienst überall in der Provinz fort und bringt damit der Opposition täglich mehr Anhänger. Ministerpräsident Richon und Kriegsminister Etienne, die Hauptbeteiligten an der Militärvorlage, sind keineswegs zu beneiden.

### Der Wehrbeitrag.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

In den Reichstagsverhandlungen ist eine kurze Unterbrechung notwendig geworden, damit die Budgetkommission die Deckungsvorlagen mit Vollmacht durchberaten kann. Auch die Kommission hat mit Rücksicht auf die preussischen Landtagswahlen eine zweitägige Pause gemacht und wird in ihrer nächsten Sitzung am Mittwoch die Berechnung des Reichswehrbeitrages über den Ertrag des Wehrbeitrages vorfinden. Diese Kalkulation entspricht den in der Sitzung der Subkommission vom 29. Mai gemachten Vorschlägen, wie sie damals bekannt geworden sind. Es kam eine vorläufige Verständigung dahin zustande, daß sämtliche Vermögen von 80000 Mark aufwärts oben, wenn der Steuerpflichtige daneben ein Einkommen von weniger als 2000 Mark hat, von 50 000 Mark aufwärts besteuert werden sollen. Auf Grund der damaligen Vorschläge lag das Schätzamt diesem Wehrbeitrag aus dem Vermögen Beiträge zu Grunde, wonach von den ersten 50 000 Mark 0,1 % erhoben wird. Der Prozentfuß erhöht sich dann schrittweise so, daß von einem Million 1 Prozent, von 5 Millionen 1,8 und von weiteren Beträgen 1,6 Prozent zu erheben ist. Nach den Berechnungen, die sich auf die Ergebnisse der preussischen Steuerstatistik stützen, rechnet man für Preußen einen Steuerertrag von 398 Millionen, die bis Ende dieses Jahres durch die Vermögenszunahme 450 Millionen Mark ergeben sollen. Nach dem Verhältnis 8 : 6 berechnet das Reichsschatzamt die Einnahme im Reich gegenüber Preußen mit rund 720 Millionen Mark. Nach den Kompromißvorschlägen soll aber auch noch ein Wehrbeitrag vom Einkommen erhoben werden und zwar will man für diese Veranlagung die Einkommen über 50 000 Mark mit einem von 10—16 steigenden Multiplikator kapitalisieren und diese Summe als Vermögen betrachten. Nach diesem System werden in Preußen aus dem Wehrbeitrag vom Einkommen 73,8 Millionen Mark veranschlagt. Für das Reich bedeutet das nach dem Verhältnis 8 : 6 einen Ertrag von 120 Millionen. Das Gesamtergebnis mit 840 Millionen, nämlich 720 und 840 Millionen, ist aber nicht befriedigend weil das von der Subkommission in Aussicht genommene Kompromiß die Einbringung von mindestens 1 000 Millionen Mark vorausgesetzt hat. Es fehlen also nach den Berechnungen des Reichsschatzamtes noch 160 Millionen, jedoch die Budgetkommission aller Wahrscheinlichkeit nach in ihrer Sitzung am heutigen Mittwoch die Höhe des Wehrbeitrages vom Vermögen entsprechend erhöhen wird.

Uebrigens wird bekannt, daß im Reichstage eine lebhafteste Bewegung gegen das vorgeschlagene System der Kapitalisierung der Einkommen im Gange ist. Die betreffenden Kreise erklären, es sei noch lange nicht daselbst, ab man 5 000 Mark Einkommen oder 50 000 Mark Vermögen bezw. 50 000 Mark Einkommen oder 725 000 Mark Vermögen bezw. gar 100 000 Mark Einkommen oder 1 1/2 Millionen Mark Vermögen habe. Die geplante Kapitalisierung müsse gerade bei den niedrigeren Einkommen ungedeutet wirken. Möglicherweise wird daher auch nach dieser Richtung hin in der Kommission noch eine Veränderung vorgenommen werden. Natürlich sind auch die Kommissionenabschlüsse nur provisorisch, denn man weiß aus Erfahrung, daß im Plenum schon häufig die Bestimmungen über wichtige Paragraphen und Gesetze denen der Kommission direkt widersprechend gelautet haben. Kritiker sind es nur wenige Stimmen, die entscheidend wirken. Deshalb ist es auch noch fraglich, ob das Plenum dem Beschluß der Kommission über den Wehrbeitrag der Bundesfürsten zustimmen wird. In weiten Kreisen betrachtet man es als eine unabweisliche Notwendigkeit, daß die Bundesfürsten von ihrem Vermögen in demselben Maße wie die Bürger zu den einmaligen Kosten der Wehrvorlage besteuert werden. Gegen den Willen der Regierung ist von der Kommission die Theorie von der Steuerfreiheit der Bundesfürsten verworfen und die Steuerpflicht ausdrücklich in das Gesetz aufgenommen worden. Sollte der Reichstag diesen Beschluß bestätigen, so dürfte die Regierung das Gesetz, wenn es im Uebrigen seinen Intentionen entspricht, gewiß daran nicht scheitern lassen, so unangenehm ihr auch diese Bestimmung sein mag.